

Pressespiegel

Stand 14.10.2020



1) Politik

Bündnis90/Die Grünen

Pressemitteilung vom 07.10.2020

<https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/humane-drogenpolitik-in-zeiten-der-pandemie>

Humane Drogenpolitik in Zeiten der Pandemie

Zum Alternativen Drogen- und Suchtbericht erklärt **Kirsten Kappert-Gonther**, Sprecherin für Drogenpolitik:

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht hat in diesem Jahr eine besondere Brisanz, denn in der Corona-Pandemie drohen die Schwächsten der Gesellschaft abgehängt zu werden. Alkohol- und drogenabhängige Menschen sind schon in normalen Zeiten unter dem Radar, eine Gesundheitskrise trifft sie ganz besonders.

Die Zugänge zur Suchtberatung, zu Selbsthilfegruppen und zur Substitutionstherapie sind eingeschränkt. Isolation, Einsamkeit und Verunsicherung tragen ihr Übriges dazu bei, den Griff zur Flasche oder zu Opioiden zu befördern. Der Alternative Drogen- und Suchtbericht macht deutlich, dass der Alkoholprävention in Krisenzeiten besondere Bedeutung zukommt. Die Bundesregierung darf das Thema nicht weiter tabuisieren. Betroffene müssen wertschätzende Hilfe bekommen und die Prävention muss beherzt angepackt werden. Die Bundesregierung sollte sich über den fachlichen Rat der Suchtexpertinnen und -experten freuen, statt ihre Berichte in der Schublade verschwinden zu lassen.

Es war ein wichtiger Schritt, dass die Substitutionsbehandlung für Opioid-Abhängige unter Corona-Bedingungen erleichtert wurde, um die Einschränkungen abzumildern. Die Änderungen müssen nun verstetigt werden, damit Abhängige nicht jeden Tag ihr Substitutionsmittel in einer Praxis abholen müssen und sich dort Kontaktrisiken aussetzen. Viele Substituierte sind in der Lage, verantwortlich mit ihrem Substitutionsmittel umzugehen. Wenn Abhängigen diese Therapie verwehrt wird, ist das eine verpasste Chance. Süchtige

brauchen Hilfe statt Strafverfolgung. Die Bundesregierung sollte endlich auf die Expertinnen und Experten hören und eine humane Drogenpolitik umsetzen.

[Dr. Kirsten Kappert-Gonther](#)



Niema Movassat Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Vorstellung des 7. **Alternativen Drogen- und Suchtberichts**.

[www.scharf-links.de/41.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=75280&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=1](http://www.scharf-links.de/41.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=75280&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=1)

07.10.20



[Soziales, Politik, News](#)

Menschenleben retten durch eine neue Drogenpolitik

„Jahr für Jahr zeigt sich das Scheitern der Drogen-Prohibitionspolitik. Das ‚Bundeslagebild Rauschgiftkriminalität‘ lässt eine stetige Zunahme von illegalen Drogenimporten vermuten, und laut dem Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung ist die Zahl der Drogentoten im Vergleich zum Vorjahr um fast zehn Prozent gestiegen. Erste Zahlen deuten darauf hin, dass auch 2020 die Zahl nochmals weiter ansteigen könnte. Wir brauchen endlich eine Abkehr von der gescheiterten Drogenpolitik, um Menschenleben zu retten“, erklärt Niema Movassat, drogenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Vorstellung des 7. Alternativen Drogen- und Suchtberichts. Movassat weiter:

„Es ist schwer nachvollziehbar, wie angesichts dieser Entwicklungen noch an der aktuellen Drogenpolitik festgehalten werden kann. Seit Jahren werden wissenschaftliche Erkenntnisse und die Meinung der Fachwelt – in die der alternative Drogen- und Suchtbericht einen Einblick gibt – von der Bundesregierung größtenteils ignoriert. Hinzu kommt das Versagen der deutschen Drogenpolitik bei den legalen Drogen. Schätzungsweise 74.000 vorzeitige Todesfälle durch Alkoholkonsum und 121.000 durch Tabakkonsum sind jedes Jahr zu verzeichnen. Es bedarf neuer Wege, um diese hohe Zahl der Todesfälle durch legale und illegale Drogen zu senken. Dazu brauchen wir dringend ein umfassendes Werbeverbot für legale Drogen wie Alkohol und Tabak. Zudem muss die völlig zielverfehlende Kriminalisierung von Konsumenten illegaler Drogen endlich ein Ende haben. Menschen mit Suchtproblemen brauchen Hilfe und keine Werbung oder Bestrafung. Die Prohibition hindert Menschen nicht daran, Drogen zu konsumieren. Zur Reduzierung von Konsumrisiken fordert DIE LINKE daher einen staatlich regulierten Zugang zu bisher illegalen Substanzen und eine schadensmindernde Regulierung der legalen Drogen.“

2) Hörfunk

radio eins -rbf

https://www.radioeins.de/programm/sendungen/mofr1013/_/deutsche-drogenpolitik-verfehlt-seit-jahren-ihr-ziel.html

Mittwoch, 07.10.2020

Heute wurde der 7. Alternative Drogen- und Suchtbericht vorgestellt, Frauke Oppenberg sprach darüber mit Prof. Dr. Heino Stöver. Er ist Vorstandsvorsitzender von akzept e.V. - Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences.

Deutsche Drogenpolitik verfehlt seit Jahren ihr Ziel

Immer mehr Strafverfolgung, zugleich immer mehr Konsum und weiterhin viele Tote: Die deutsche Drogenpolitik verfehlt seit Jahren ihr Ziel, drogenbedingte Schäden einzudämmen. Das "Bundeslagebild Rauschgiftkriminalität 2019" des BKA hat dies gerade wieder erschreckend deutlich vor Augen geführt.

Der 7. Alternative Drogen- und Suchtbericht erklärt unter anderem die Chancen, die in der E-Zigarette stecken, warum die Legalisierung von psychoaktiven Substanzen mehr Kontrolle bedeuten würde und wie die Bundesregierung mit einem drogenpolitischen Fach-Gremium erfolgreicher agieren könnte.

Jedes Jahr im Herbst bringt die Bundesregierung den Drogen- und Suchtbericht heraus. Weiche und harte Drogen, illegale und legale, stoffgebunden oder -ungebunden - alles wird beleuchtet. Aber die Antwort auf die Suchtprobleme sind seit Jahren ähnlich: Repression und Kriminalisierung. Die Zahl der Menschen, die an den Suchtfolgen sterben, geht dadurch nicht zurück.

Im Alternativen Drogen- und Suchtbericht (ADSB), herausgegeben vom akzept Bundesverband und der Deutschen Aidshilfe, schreiben renommierte Expert*innen über Irrwege und Defizite der Drogenpolitik ebenso wie über wissenschaftlich abgesicherte und praxiserprobte Alternativen. Sie machen deutlich: Die Zahl der Toten könnte sehr viel niedriger sein. Gesundheitsschäden könnten verhindert werden. Gesellschaftliche Folgekosten ließen sich erheblich verringern. Dies alles gilt für derzeit illegale Substanzen wie für erlaubte Alltagsdrogen.

Deutsche Welle

<https://www.dw.com/de/alternativer-drogenbericht-sch%C3%BCtzen-statt-bestrafen/a-55189190>

Der 7. Alternative Drogen- und Suchtbericht ist heute erschienen: <https://t1p.de/wqmb>. Viele interessante Vorschläge um den Reformstau in der Drogenpolitik aufzulösen!

[9:38 AM · Oct 7, 2020](#)

Drogenpolitik

Alternativer Drogenbericht: "Schützen statt Bestrafen"

Drogen sind massenhaft verfügbar, trotz Polizei und Verboten. Der 7. Alternative Drogen- und Suchtbericht fordert eine neue Strategie. Die Kriminalisierung der Konsumenten führe in eine Sackgasse.

"Abstinenz ist nicht alles", sagt Heino Stöver. Vielleicht steckt in diesem Satz des Frankfurter Suchtforschers so etwas wie die Quintessenz des mehr als 200 Seiten dicken 7. [Alternativen Drogen- und Suchtberichts](#). Den hat Stöver als Vorsitzender des Bundesverbands "akzept" am Mittwoch in Berlin vorgestellt, gemeinsam mit der [Deutschen Aids-Hilfe](#) und weiteren Experten aus der Drogenforschung.

Im Mittelpunkt des Berichts unter dem Motto "Schützen statt Bestrafen" steht Schadensminimierung, auch durch ["staatlich regulierte Abgabe illegaler Substanzen"](#) – Stichwort: Cannabis aus der Apotheke. Der Bericht, erklärt Stöver, will eine "Gegenöffentlichkeit zum drogenpolitischen Stillstand" schaffen.

Den von Stöver beklagten Stillstand konnte man Anfang September bei der Vorstellung des Lagebilds Rauschgiftkriminalität durch das Bundeskriminalamt, BKA, besichtigen. Aller Verfolgung zum Trotz nimmt laut BKA-Präsident Holger Münch die Drogenkriminalität seit Jahren kontinuierlich zu. Das Lagebild spricht von einer ["anhaltend hohen Nachfrage nach](#)

Betäubungsmitteln" und einer zugleich "sehr hohen Verfügbarkeit unterschiedlichster Rauschgifte".

Dabei fanden 2019 knapp 360.000 Drogendelikte Eingang in die Kriminalstatistik. Der weitaus größte Teil fiel in die Kategorie "konsumnahe Delikte", soll heißen: Hier wurden Menschen aufgegriffen, die Drogen zum Eigenbedarf in kleinen und geringen Mengen besaßen. Abschreckung Fehlanzeige.

Politik der Strafverfolgung "nutzlos und schädlich"

"Die Polizei stellt kein Regulativ dar am Drogenmarkt", analysiert Heino Stöver im DW-Gespräch die BKA-Zahlen. "Zudem verfolgt die Polizei im wesentlichen Konsumenten und nicht Händler und Schmuggler." Die Politik der Strafverfolgung ist für den Frankfurter Suchtforscher vor allem zweierlei: nutzlos und schädlich.

Die von ihm geforderte "Drogenpolitik von morgen" will unter dem Motto "Schützen statt Bestrafen" geschickter agieren: Kriminellen Strukturen sollen durch die staatlich regulierte Abgabe von Substanzen ihre Basis verlieren, gesundheitliche Risiken beim Konsum sollen dadurch verringert werden.

Der Weg dahin ist weit - auch bei Cannabis, der weltweit und auch in Deutschland meistgenutzten illegalen Droge. Nach Zahlen des epidemiologischen Suchtsurveys haben knapp vier Millionen

Deutsche im Jahr 2018 mindestens einmal gekifft, die Dunkelziffer dürfte ungleich höher sein. Trotz dieser großen Zahl kriminalisierter Menschen stemmt sich die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Daniela Ludwig, weiter gegen eine Legalisierung von Hanf als Droge. Immerhin bestätigte die CSU-Politikerin gegenüber der DW Äußerungen, nach denen sie sich vorstellen könne, dass Erstverstöße künftig lediglich als Ordnungswidrigkeit statt als Straftat behandelt würden.

"Drogenpolitik nicht parteipolitischen Interessen opfern"

Drogenpolitik gleicht dem Bohren dicker Bretter. Damit das besser gelingt, gehört die Einrichtung eines drogenpolitischen Fachbeirats auf Bundesebene zu den zentralen Forderungen des alternativen Drogenberichts. Der soll die Kompetenz aus Wissenschaft, Praxis und Selbsthilfe in die Drogenpolitik einbringen.

Das Expertengremium soll nach den Vorstellungen Stövers die Drogenpolitik endlich wissenschaftlich ausrichten. "Wir können die Steuerung der Drogenpolitik nicht parteipolitischen Interessen opfern", betont der Suchtforscher. Und kritisiert mit Blick auf die Parteizugehörigkeit der Drogenbeauftragten Ludwig: "Die Drogenpolitik wird mit den Scheuklappen der CSU gemacht und orientiert sich nicht an wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen."



Dabei wird die repressive Drogenpolitik längst auch in Polizeikreisen als Sackgasse kritisiert. Zum Beispiel von Hubert Wimber. Der drahtige 71-Jährige war bis zu seiner Pensionierung 2015 sieben Jahre lang Polizeichef der nordrhein-westfälischen Großstadt Münster. Inzwischen ist er Vorsitzender der deutschen Sektion der Law Enforcement Against Prohibition, LEAP – und konstatiert gegenüber der DW das Scheitern der Drogenverbotspolitik.

Weil wie bei jedem anderen Markt Angebot und Nachfrage aufeinander reagierten und angesichts der hohen Nachfrage Drogenkriminalität [für kriminelle Organisationen ein extrem lukratives Geschäft](#) sei. Der Ex-Polizist erinnert in dem Zusammenhang an die Prohibition von Alkohol in den USA vor 100 Jahren. Die habe nur das organisierte Verbrechen gemästet – ohne die US-Amerikaner vom Trinken abzuhalten.

Einig beim Ziel eines verbesserten Jugendschutzes, Dissens beim Weg

Allerdings sind die LEAP-Positionen innerhalb der Polizei noch eine Minderheitenhaltung. "Die Polizei trennt sich ungern von Aufgaben, die sie einmal übernommen hat", hält der Ex-Polizist fest. Und in allen Rauschgift-Kommissariaten "gibt es natürlich starke Befürworter der Prohibition. Denn es ist ihr beruflicher Alltag. Sie generieren mit Sicherstellungen und Verhaftungen ihre persönlichen Erfolge."

3) Print- und Online Medien

aerzteblatt.de

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/117190/Drogenpolitik-sollte-evidenzbasiert-sein>

Drogenpolitik sollte evidenzbasiert sein

Mittwoch, 07.10.2020

Berlin – Wissenschaftliche Evidenz und Erfahrungen von Experten und Betroffenen sollten stärker in der Drogenpolitik berücksichtigt werden. Darauf drängen Verbände der Sucht- und Drogenhilfe in ihrem heute vorgelegten „[Alternativen Drogen- und Suchtbericht](#)“.

Die Drogenpolitik habe „nicht Schritt gehalten mit aktuellen Entwicklungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen“, kritisierte Holger Wicht, Sprecher der [Deutschen Aidshilfe](#).

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht schlägt daher einen drogenpolitischen Fachbeirat nach dem Vorbild der Schweiz vor. Dort sollen Kompetenzen aus Wissenschaft, Hilfsverbänden und Selbsthilfe gebündelt werden. Vertreter verschiedener Ministerien sollten eingebunden werden und könnten sich dann der Expertise bedienen.

Zugleich gilt es den Initiatoren zufolge einige regulatorische Veränderungen aus der Coronakrise zu erhalten. Um eine Überfüllung von Praxen und Ambulanzen zu vermeiden, dürfen derzeit zum Beispiel auch Drogenhilfeeinrichtungen und Apotheken – in Absprache mit einem behandelnden Arzt – die Medikamente für die Substitutionstherapie vergeben. Patienten können dadurch ihr Präparat zu Hause statt jeden Tag in der Arztpraxis einnehmen.

Das sei ein ungemeiner Vorteil für die Patienten, sagte der Internist und Suchtmediziner Till Kinkel.

Viele könnten so ihre Suchtbehandlung besser in den Alltag integrieren. Eine sogenannte Take-Home-Abrechnungsziffer für die Abgabe der Substitutionsmedikamente gebe es jedoch bislang nicht in allen Bundesländern, was Ärzten die Therapie in der aktuellen Lage erschweren würde.

Die Aidshilfe und der Akzept Bundesverband befürworten zudem eine weitere Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten. „Die Politik der Strafverfolgung ist nur noch ein schädlicher Kampf gegen Windmühlen“, erklärte der Akzept-Vorsitzende Heino Stöver. Betroffene würden marginalisiert statt unterstützt.

ÄrzteZeitung

<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Suchtforscher-fordern-kontrollierte-Abgabe-illegaler-Substanzen-413509.html>

von [Thomas Hommel](#), 07.10.2020

Alternativer Drogenbericht vorgestellt

Suchtforscher fordern kontrollierte Abgabe illegaler Substanzen

Deutschlands Drogenpolitik setzt zu sehr auf Strafverfolgung statt Betroffenen zu helfen, monieren die Autoren des Alternativen Drogen- und Suchtberichts. Der Bundesregierung empfehlen sie, einen drogenpolitischen Fachbeirat einzuberufen.

Berlin. Suchtforscher haben eine Kehrtwende in der Drogenpolitik gefordert. Diese müsse sich endlich von der Devise „schützen statt strafen“ leiten lassen, sagte der Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences, Professor Heino Stöver, bei der Vorstellung des 7. Alternativen Drogen- und Suchtberichts am Mittwoch vor Journalisten in Berlin.

Die Politik der Strafverfolgung bei Drogenkonsum sei „ein schädlicher Kampf gegen Windmühlen“, kritisierte Stöver. Betroffene würden „marginalisiert statt unterstützt“ – oft mit tödlichem Ausgang“.

Schädlicher Kampf

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht erscheint seit 2014. Er versteht sich als „konstruktiv-kritische Ergänzung“ zum Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung. Herausgegeben wird die Studie vom Bundesverband akzept und der Deutschen Aidshilfe.

Um die hohe Zahl der Todesfälle durch legale und illegale Drogen zu senken sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgekosten von Sucht zu reduzieren, müssten Ansätze der „Schadensminimierung“ beim Drogenkonsum überall verfügbar gemacht werden, forderte Stöver, der auch Vorstandschef von akzept ist. Strategien der „Schadensminimierung“ seien bei illegalen Substanzen bereits erfolgreich.

Drogenkonsumräume etwa retteten jährlich Hunderte Leben, führte der Suchtforscher aus. Im Zuge der Vergabe sauberer Spritzen an Heroinabhängige sei die Zahl der HIV- und Hepatitis-Infektionen stark gesunken. Hilfreich seien auch Informationen über weniger riskante Konsumformen. Dank solcher Maßnahmen rauchten heute mehr Abhängige ihre Drogen, statt sie zu spritzen.

„Abstinenz ist nicht alles“

Von diesen Erfolgen gelte es auch mit Blick auf „Alltagsdrogen“ wie Alkohol und Tabak zu lernen, so Stöver. Aufklärung und Therapie zielten hier zumeist darauf ab, dass Abhängige ganz mit dem Rauchen oder Trinken aufhörten. Abstinenz sei aber nicht alles. „Neben der klassischen Prävention müssen wir auch bei Alkohol und Tabak Alternativen anbieten.“ Nötig seien etwa mehr Angebote zum „kontrollierten Trinken“.

Darüber hinaus sprechen sich die Autoren des Alternativen Drogenberichts für die staatlich regulierte Abgabe bisher illegaler Substanzen aus. Eine kontrollierte Abgabe könne den kriminellen Drogenhandel eindämmen, Menschen vor den Gefahren der Illegalität bewahren und den Jugend- und Verbraucherschutz stärken. Je nach Substanz könne die Abgabe über Fachgeschäfte oder das Medizinsystem erfolgen.

Illegalen Handel austrocknen

Polizei und Justiz könnten auf diese Weise „enorme Ressourcen“ sparen, sagte Dr. Bernd Wense vom Centre for Drug Research an der Goethe-Universität Frankfurt. Das gelte insbesondere für die Strafverfolgung von Cannabis-Konsumenten. Vergangenes Jahr seien 186.000 Delikte im Zusammenhang mit dem Konsum verfolgt worden.

„Millionen Menschen, darunter viele junge, konsumieren Cannabis, nicht wenige machen auch Erfahrungen mit anderen Drogen“, sagte Wense. Die meisten entwickelten jedoch keine „nennenswerten Probleme“. „Es ist vor allem das Strafrecht, das oft Leben oder Karrieren zerstört“, warnte der Experte.

Mehr Mittel für Suchtprävention

Eine regulierte Abgabe der Substanzen würde Konsumenten „Produktsicherheit“ bieten und „Milliarden Euro für sinnvolle Präventions- und Behandlungsangebote freisetzen“, zeigte sich Wense überzeugt. Der Bundesregierung empfehlen die Suchtforscher zudem, einen „drogenpolitischen Fachbeirat“ einzusetzen. Dieser könne die Drogenbeauftragte bei ihren Vorhaben und Entscheidungen beratend unterstützen. Frankreich und die Schweiz verfügten bereits über solche Gremien.

AFP-Bericht

<https://www.stern.de/news/kritiker-fordern-von-bundesregierung-kehrtwende-in-drogenpolitik-9443542.html>

stern+ am 07.10.2020, 12:30 Uhr

Kritiker fordern von Bundesregierung Kehrtwende in Drogenpolitik

In der Drogenhilfe aktive Verbände und Experten haben von der Bundesregierung eine Kehrtwende in der Drogenpolitik gefordert. In ihrem am Mittwoch vorgelegten Alternativen Drogen- und Suchtbericht befürworteten die Deutsche Aidshilfe und der Akzept Bundesverband eine staatlich regulierte Abgabe bisher illegaler Substanzen. Dies könne den kriminellen Drogenhandel reduzieren und Konsumenten vor gesundheitlichen Risiken schützen.

"Die Politik der Strafverfolgung ist nur noch ein schädlicher Kampf gegen Windmühlen", erklärte der Akzept-Vorsitzende Heino Stöver. Betroffene würden marginalisiert statt unterstützt – oft mit tödlichem Ausgang.

Zugleich müsse die Politik Angebote wie Drogenkonsumräume, die jährlich hunderte Leben retteten, für alle zugänglich machen. In der Hälfte der Bundesländer gebe es aber nach wie vor keine Drogenkonsumräume, in Gefängnissen seien keine sauberen Spritzen verfügbar.

Eine "Schadensminimierung" wie beim Drogenkonsum durch Aufklärung ist nach Ansicht der Experten auch bei Alltagsdrogen wie Tabak und Alkohol nötig. Bislang werde dort meist darauf gesetzt, dass Abhängige ganz aufhörten. Die E-Zigarette beispielsweise könne aber vielen Menschen das Leben retten, weil sie weniger schädlich sei als das Verbrennen von Tabak, erklärte Stöver.

Die Tageszeitung

junge welt – 08.10.2020 S.4

<https://www.jungewelt.de/artikel/387884.verfehlte-drogenpolitik-prohibition-am-pranger.html>

Prohibition am Pranger

Vertreter aus Wissenschaft und Drogenhilfe fordern erneut radikale Umkehr der Politik. Umsteuern kann Menschenleben retten

Von Markus Bernhardt

Eine Reihe renommierter Fachleute aus Wissenschaft und Drogenhilfe fordern eine radikale Neuausrichtung der Drogenpolitik in der Bundesrepublik. Im am Mittwoch in Berlin vorgestellten »alternativen Drogen- und Suchtbericht 2020« und bei der dazugehörigen Präsentation kritisierten sie, dass der Drogenhandel in Deutschland seit Jahren zunimmt. Das spreche dafür, dass die vor allem gegen Drogengebraucherinnen und -gebraucher gerichtete Politik der Kriminalisierung und Repression gescheitert sei. Bereits zum siebten Mal wird der Bericht gemeinsam vom Verein »Akzept«, dem Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, und der Deutschen Aidshilfe (DAH) herausgegeben.

Konkret sprechen sich die Experten für drei zentrale Neuerungen aus, die geeignet seien, die hohe Zahl der Todesfälle durch legale und illegale Drogen zu senken, schädliche Folgen von Abhängigkeit zu reduzieren und gesellschaftliche sowie volkswirtschaftliche Folgekosten drastisch zu verringern. So sollten Ansätze der sogenannten Schadensminimierung nicht nur beim Konsum illegalisierter Stoffe wie Heroin, sondern künftig auch bei Tabak- und Alkoholkonsum flächendeckend angeboten werden. Die staatlich regulierte Abgabe von bisher illegalen Substanzen könne außerdem den kriminellen Drogenhandel reduzieren und »Menschen vor den Gefahren der Illegalität bewahren und Jugend- und Verbraucherschutz ermöglichen«, sagte DAH-Sprecher Holger Wicht bei der Vorstellung des Berichts.

Zugleich könne eine »effiziente Drogenpolitik« »rasch gelingen«, sofern die Bundesregierung »Kompetenz in einem drogenpolitischen Fachbeirat« zusammenführe. Heutzutage würden Konsumentinnen und Konsumenten »marginalisiert statt unterstützt – oft mit tödlichem Ausgang«, warnte Heino Stöver, Vorstandsvorsitzender des »Akzept«-Bundesverbandes und geschäftsführender Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences, am Mittwoch in Berlin. Eine zeitgemäße Drogenpolitik müsse der Devise »Schützen statt strafen!« folgen, forderte Stöver.

Dem schloss sich auch Wicht an. Die Drogenpolitik hat ihm zufolge »nicht Schritt gehalten mit aktuellen Entwicklungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen«. Was Leben rette, dürfe »nicht ungenutzt bleiben«. Vor allem bei der Substitutionstherapie sei »noch viel Luft nach oben«. So haben sich »Akzept«, DAH und der Selbsthilfeverband JES (Junkies, Ehemalige und Substituierte) zum Ziel gesetzt, dass bis 2022 100.000 Betroffene mit Substitutstoffen versorgt werden sollten. »Das wären 20.000 mehr als bisher und etwa 60 Prozent der knapp 170.000 Opioidabhängigen in Deutschland«, konstatierte Wicht. Einig waren sich die Experten außerdem darin, dass Drogenkonsumräume flächendeckend ausgebaut werden müssen und für Menschen in Haft, wo der Drogenkonsum überdurchschnittlich hoch sei, saubere Spritzen ausgegeben werden müssten. So lasse sich die Zahl der HIV- und Hepatitis-Infektionen senken.

Braunschweiger Zeitung

<https://www.braunschweiger-zeitung.de/wirtschaft/presseportal/article230609234/Schuetzen-statt-strafen-Die-Drogenpolitik-von-morgen-muss-heute-beginnen.html>

Schützen statt strafen: Die Drogenpolitik von morgen muss heute beginnen

Berlin (ots) - Der 7. Alternative Drogen- und Suchtbericht fordert und zeigt neue Wege. Denn die heutige Drogenpolitik erfüllt ihren Zweck nicht. Erforderlich sind konsequente Maßnahmen zur Verminderung gesundheitlicher Schäden sowie staatliche Regulierung. ACHTUNG: Pressekonferenz LIVE (Beta) um 11 Uhr auf Facebook

(<https://www.facebook.com/deutscheaidshilfe/posts/3362865750425751>) und Youtube (<https://youtu.be/u2RZXrrwudc>) sowie Twitter (https://twitter.com/Aidshilfe_de) (Kanäle der Deutschen Aidshilfe)

Das Bundeskriminalamt (BKA) und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung haben gerade selbst darauf hingewiesen: Drogenhandel nimmt in Deutschland seit Jahren zu, das BKA registriert immer mehr Delikte. Polizei und Justiz können Drogenkonsum offenbar nicht aufhalten. In der Pressemitteilung zum "Bundeslagebild Rauschgiftkriminalität 2019" lautete das Fazit sinngemäß dennoch: Weiter so.

Fachleute aus Wissenschaft und Drogenhilfe widersprechen: Es ist Zeit für neue Wege. Die Drogenpolitik von morgen muss heute beginnen. Das ist die zentrale Aussage des 7. Alternativen Drogen- und Suchtberichts. Die Herausgeber, der akzept Bundesverband und die Deutsche Aidshilfe, haben ihn heute in Berlin vorgestellt.

Sie nannten dabei drei zentrale Neuerungen, die die hohe Zahl der Todesfälle durch legale und illegale Drogen senken, schädliche Folgen von Abhängigkeit reduzieren und gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgekosten drastisch reduzieren könnten:

- Ansätze der so genannten "Schadensminimierung" beim Drogenkonsum müssen überall verfügbar sein und auch bei Tabak und Alkohol angeboten werden.
- Die staatlich regulierte Abgabe von bisher illegalen Substanzen kann kriminellen Drogenhandel reduzieren, Menschen vor den Gefahren der Illegalität bewahren und Jugend- und Verbraucherschutz ermöglichen.
- Eine effiziente Drogenpolitik würde rasch gelingen, wenn die Bundesregierung Kompetenz in einem drogenpolitischen Fachbeirat zusammenführen würde. Dazu erklärt Prof. Dr. Heino Stöver, Vorstandsvorsitzender des akzept Bundesverbandes und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences:

"Die Politik der Strafverfolgung ist nur noch ein schädlicher Kampf gegen Windmühlen. Betroffene werden marginalisiert statt unterstützt - oft mit tödlichem Ausgang. Die Drogenpolitik von morgen

agiert menschlicher und geschickter: Sie minimiert gesundheitliche Risiken beim Konsum und entzieht kriminellen Strukturen durch regulierte Abgabe von Substanzen die Basis. Eine zeitgemäße Drogenpolitik folgt der Devise: Schützen statt strafen!"

Neue Strategien auch bei Tabak und Alkohol

Strategien der "Schadensminimierung" sind bei illegalen Substanzen sehr erfolgreich. Drogenkonsumräume retten jährlich Hunderte Leben. Die Vergabe sauberer Spritzen hat die Zahl der HIV- und Hepatitis-Infektionen enorm gesenkt. Hilfreich sind auch Informationen über weniger riskante Konsumformen. Dank solcher Maßnahmen rauchen zum Beispiel heute mehr Konsument_innen ihre Drogen statt sie zu spritzen.

Derartige Angebote erreichen auch Menschen, die ihren Konsum nicht einstellen wollen oder können. Von diesen Erfolgen gilt es zu lernen: Bei Alltagsdrogen zielen Aufklärung und Therapie bisher meist darauf, dass Abhängige ganz aufhören.

Prof. Stöver betont: "Abstinenz ist nicht alles! Neben der klassischen Prävention müssen wir auch bei Alkohol und Tabak Alternativen anbieten. Die E-Zigarette könnte vielen Menschen das Leben retten, denn sie ist weniger schädlich als die Verbrennung von Tabak. Wir brauchen auch mehr Maßnahmen zum kontrollierten Trinken."

Schäden vorbeugen - für alle!

Zugleich muss die Politik bestehende Angebote allen Menschen zugänglich machen. In der Hälfte der Bundesländer gibt es keine Drogenkonsumräume. In Gefängnissen sind keine sauberen Spritzen verfügbar. Für Substanzen wie Amphetamine und Kokain, die in der Mitte der Gesellschaft konsumiert werden, sind dringend Drug-Checking-Angebote erforderlich, zum Beispiel vor Ort im Nachtleben. Dabei werden Stoffe auf ihren Wirkstoffgehalt und schädliche Beimengungen untersucht - in Kombination mit einem Beratungsangebot.

Holger Wicht, Sprecher der Deutschen Aidshilfe, sagt:

"Deutschland war bei den Maßnahmen der Schadensminderung einmal Vorreiterin, ist aber auf halbem Wege stehen geblieben. Die Drogenpolitik hat nicht Schritt gehalten mit aktuellen Entwicklungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Was Leben rettet, darf nicht ungenutzt bleiben. Wir brauchen jetzt einen Innovationsschub - im Bund und in den Ländern. Wir können viel mehr Menschen erreichen!"

Auch bei der Substitutionstherapie ist noch viel Luft nach oben. akzept, die Deutsche Aidshilfe und der Selbsthilfverband JES haben das Ziel von 100.000 Substituierten im Jahr 2022 ausgerufen. Das wären 20.000 mehr als bisher und etwa 60 Prozent der knapp 170.000 Opioidabhängigen in Deutschland. Nachbarländer wie Frankreich kommen bei der Versorgung mit der medizinischen Standardtherapie schon heute auf über 80 Prozent.

Aus der Corona-Krise lernen

Der Zuwachs wird möglich durch veränderte Regularien, die Substitution einfacher und attraktiver machen. Erleichterungen bei Zugang und Versorgung aus der Corona-Zeit gilt es zu erhalten und auszubauen. Um eine Überfüllung von Praxen und Ambulanzen während der Pandemie zu vermeiden und persönliche Begegnungen zu reduzieren, gab es eine Reihe von Veränderungen. So dürfen jetzt zum Beispiel auch Drogenhilfeeinrichtungen und Apotheken die Medikamente vergeben. Mehr Patient_innen können ihr Präparat eigenverantwortlich zu Hause statt jeden Tag in der Arztpraxis einnehmen. Zudem wurden telemedizinische Termine ermöglicht.

Nina Pritzens, Geschäftsführerin von vista Berlin - Verbund für integrative soziale und therapeutische Arbeit, berichtet:

"Die Corona-Krise hat gezeigt, wie es geht: Drogenhilfe und medizinische Versorgung standen vor dem Kollaps, doch wir haben uns schnell angepasst. Politik und Behörden haben umsichtig und unbürokratisch reagiert. Mit den neuen Möglichkeiten bei der Substitution haben wir gute Erfahrungen gemacht: Nach unserer Einschätzung werden jetzt mehr Menschen behandelt als vor der Pandemie. Diesen Weg müssen wir konsequent fortsetzen."

Verbieten verbietet sich

Erfolge der Schadensminimierung werden zugleich konterkariert von Schäden durch die Kriminalisierung Drogen konsumierender Menschen. Substanzen vom Schwarzmarkt und Haftstrafen ziehen enorme Gesundheitsrisiken nach sich. Viele Menschen verlieren aufgrund von Haft, Obdachlosigkeit, Infektionen und Ausgrenzung ihre Lebensgrundlage oder sogar ihr Leben. Eine staatlich regulierte Abgabe, je nach Substanz zum Beispiel über Fachgeschäfte oder das Medizinsystem, würde hingegen Qualitätskontrollen ermöglichen. Polizei und Justiz könnten enorme Ressourcen sparen - insbesondere bei der massenhaften, aber völlig nutzlosen Strafverfolgung von Cannabis-Konsument_innen. 2019 wurden 186.000 Delikte im Zusammenhang mit dem Konsum verfolgt.

Dazu sagt Dr. Bernd Wersé Vorstandsmitglied der European Society for Social Drug Research sowie Centre for Drug Research an der Goethe-Universität Frankfurt:

"Millionen Menschen, darunter viele junge, konsumieren Cannabis, nicht wenige machen auch Erfahrungen mit anderen Drogen. Die meisten entwickeln keine nennenswerten Probleme. Es ist vor allem das Strafrecht, das oft Leben oder Karrieren zerstört. Verfolgung durch eine regulierte Abgabe der Substanzen zu ersetzen, würde den Konsumierenden Produktsicherheit bieten und Milliarden Euro für sinnvolle Präventions- und Behandlungsangebote freisetzen."

Fachliche Kompetenz einbinden

Eine zentrale Forderung der Fachwelt ist, Kompetenz aus Wissenschaft, Praxis und Selbsthilfe auf offiziellem Wege in die Drogenpolitik einbringen zu können: in einem interministeriellen Fachbeirat. Frankreich und die Schweiz verfügen bereits über solche Gremien.

"Unser Ziel ist, Fortschritte in Kooperation mit politisch Verantwortlichen zu entwickeln und zu realisieren. Ein Fachbeirat könnte die Drogenbeauftragte gerade bei schwierigen politischen Vorhaben unterstützen", betont Prof. Dr. Heino Stöver.

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht erscheint seit 2014. Er versteht sich als konstruktiv-kritische Ergänzung zum Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung. Zu den Autor_innen zählen Wissenschaftler_innen ebenso wie Praktiker_innen aus der Drogenhilfe und Selbsthilfevertreter_innen.

evangelisch.de

<https://www.evangelisch.de/inhalte/176662/07-10-2020/neue-ansaeetze-der-drogenpolitik-gefordert>

07.10.2020 epd

Neue Ansätze in der Drogenpolitik gefordert

Berlin (epd). Wissenschaftler und Hilfsorganisationen haben sich für neue Ansätze in der Drogenpolitik in Deutschland ausgesprochen. Statt Drogenkonsumenten ausschließlich zu kriminalisieren, seien konsequentere Strategien zur Schadensminimierung nötig, erklärten die Deutsche Aids-Hilfe und der akzept Bundesverband bei der Vorstellung des "Alternativen Drogen- und Suchtberichtes 2020" am Mittwoch in Berlin. Dieser versteht sich den Angaben zufolge "als konstruktiv-kritische Ergänzung zum Bericht der Bundesregierung".

Die Vertreter des "Alternativen Drogen- und Suchtberichts" sprachen sich unter anderem für bundesweit flächendeckende Substitutionsangebote sowie im Nachtleben für sogenanntes Drugchecking aus, also der Kontrolle von gesundheitsschädlichen Beimischungen. Zudem forderten sie auf Bundesebene die Einrichtung eines interministeriellen, drogenpolitischen Fachgremiums, in das Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter aus der Praxis der Drogenhilfe eingebunden sind. Das Gremium solle die Bundesregierung in der Drogenpolitik beraten. Das Bundeskriminalamt habe erst vor wenigen Wochen das aktuelle "Bundeslagebild Rauschgiftkriminalität" vorgestellt. Dabei sei deutlich geworden, dass trotz gesteigerter Strafverfolgung der Drogenkonsum in Deutschland gestiegen sei und es weiter viele Drogentote gebe, kritisierten die Autoren des "Alternativen Drogen- und Suchtberichts". Nötig seien deshalb "konsequente Maßnahmen zur Verminderung gesundheitlicher Schäden sowie eine staatlich regulierte Abgabe von bisher illegalen Substanzen".

Aachener Zeitung online

https://www.aachener-zeitung.de/advertorials/presseportal/schuetzen-statt-strafen-die-drogenpolitik-von-morgen-muss-heute-beginnen_aid-53900839

Deutsche AIDS-Hilfe : **Schützen statt strafen: Die Drogenpolitik von morgen muss heute beginnen**

Berlin (ots) Der 7. Alternative Drogen- und Suchtbericht fordert und zeigt neue Wege. Denn die heutige Drogenpolitik erfüllt ihren Zweck nicht. Erforderlich sind konsequente Maßnahmen zur Verminderung gesundheitlicher Schäden sowie staatliche Regulierung.

CHTUNG: Pressekonferenz LIVE (Beta) um 11 Uhr auf Facebook

(<https://www.facebook.com/deutschaidshilfe/posts/3362865750425751>) und Youtube

(<https://youtu.be/u2RZXrrwudc>) sowie Twitter (https://twitter.com/Aidshilfe_de) (Kanäle der Deutschen Aidshilfe)

Das Bundeskriminalamt (BKA) und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung haben gerade selbst darauf hingewiesen: Drogenhandel nimmt in Deutschland seit Jahren zu, das BKA registriert immer mehr Delikte. Polizei und Justiz können Drogenkonsum offenbar nicht aufhalten. In der Pressemitteilung zum "Bundeslagebild Rauschgiftkriminalität 2019" lautete das Fazit sinngemäß dennoch: Weiter so.

Fachleute aus Wissenschaft und Drogenhilfe widersprechen: Es ist Zeit für neue Wege. Die Drogenpolitik von morgen muss heute beginnen. Das ist die zentrale Aussage des 7. Alternativen Drogen- und Suchtberichts. Die Herausgeber, der akzept Bundesverband und die Deutsche dshilfe, haben ihn heute in Berlin vorgestellt.

Sie nannten dabei drei zentrale Neuerungen, die die hohe Zahl der Todesfälle durch legale und illegale Drogen senken, schädliche Folgen von Abhängigkeit reduzieren und gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgekosten drastisch reduzieren könnten:

- Ansätze der so genannten "Schadensminimierung" beim Drogenkonsum müssen überall verfügbar sein und auch bei Tabak und Alkohol angeboten werden.
- Die staatlich regulierte Abgabe von bisher illegalen Substanzen kann kriminellen Drogenhandel reduzieren, Menschen vor den Gefahren der Illegalität bewahren und Jugend- und Verbraucherschutz ermöglichen.
- Eine effiziente Drogenpolitik würde rasch gelingen, wenn die Bundesregierung Kompetenz in einem drogenpolitischen Fachbeirat zusammenführen würde. Dazu erklärt Prof. Dr. Heino Stöver, Vorstandsvorsitzender des akzept Bundesverbandes und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences:

"Die Politik der Strafverfolgung ist nur noch ein schädlicher Kampf gegen Windmühlen. Betroffene werden marginalisiert statt unterstützt - oft mit tödlichem Ausgang. Die Drogenpolitik von morgen agiert menschlicher und geschickter: Sie minimiert gesundheitliche Risiken beim Konsum und entzieht kriminellen Strukturen durch regulierte Abgabe von Substanzen die Basis. Eine zeitgemäße Drogenpolitik folgt der Devise: Schützen statt strafen!"

Neue Strategien auch bei Tabak und Alkohol

Strategien der "Schadensminimierung" sind bei illegalen Substanzen sehr erfolgreich.

Drogenkonsumräume retten jährlich Hunderte Leben. Die Vergabe sauberer Spritzen hat die Zahl der HIV- und Hepatitis-Infektionen enorm gesenkt. Hilfreich sind auch Informationen über weniger riskante Konsumformen. Dank solcher Maßnahmen rauchen zum Beispiel heute mehr Konsument_innen ihre Drogen statt sie zu spritzen.

Derartige Angebote erreichen auch Menschen, die ihren Konsum nicht einstellen wollen oder können. Von diesen Erfolgen gilt es zu lernen: Bei Alltagsdrogen zielen Aufklärung und Therapie bisher meist darauf, dass Abhängige ganz aufhören.

Prof. Stöver betont: "Abstinenz ist nicht alles! Neben der klassischen Prävention müssen wir auch bei Alkohol und Tabak Alternativen anbieten. Die E-Zigarette könnte vielen Menschen das Leben retten, denn sie ist weniger schädlich als die Verbrennung von Tabak. Wir brauchen auch mehr Maßnahmen zum kontrollierten Trinken."

Schäden vorbeugen - für alle!

Zugleich muss die Politik bestehende Angebote allen Menschen zugänglich machen. In der Hälfte der Bundesländer gibt es keine Drogenkonsumräume. In Gefängnissen sind keine sauberen Spritzen verfügbar. Für Substanzen wie Amphetamine und Kokain, die in der Mitte der Gesellschaft konsumiert werden, sind dringend Drug-Checking-Angebote erforderlich, zum Beispiel vor Ort im Nachtleben. Dabei werden Stoffe auf ihren Wirkstoffgehalt und schädliche Beimengungen untersucht - in Kombination mit einem Beratungsangebot.

Holger Wicht, Sprecher der Deutschen Aidshilfe, sagt:

"Deutschland war bei den Maßnahmen der Schadensminderung einmal Vorreiterin, ist aber auf halbem Wege stehen geblieben. Die Drogenpolitik hat nicht Schritt gehalten mit aktuellen Entwicklungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Was Leben rettet, darf nicht ungenutzt bleiben. Wir brauchen jetzt einen Innovationsschub - im Bund und in den Ländern. Wir können viel mehr Menschen erreichen!"

Auch bei der Substitutionstherapie ist noch viel Luft nach oben. akzept, die Deutsche Aidshilfe und der Selbsthilfeverband JES haben das Ziel von 100.000 Substituierten im Jahr 2022 ausgerufen. Das wären 20.000 mehr als bisher und etwa 60 Prozent der knapp 170.000 Opioidabhängigen in uszubauen. Um eine Überfüllung von Praxen und Ambulanzen während der Pandemie zu vermeiden und persönliche Begegnungen zu reduzieren, gab es eine Reihe von Veränderungen. So dürfen jetzt zum Beispiel auch Drogenhilfeeinrichtungen und Apotheken die Medikamente vergeben. Mehr Patient_innen können ihr Präparat eigenverantwortlich zu Hause statt jeden Tag in der Arztpraxis einnehmen. Zudem wurden telemedizinische Termine ermöglicht.

Nina Pritzens, Geschäftsführerin von vista Berlin - Verbund für integrative soziale und therapeutische Arbeit, berichtet:

"Die Corona-Krise hat gezeigt, wie es geht: Drogenhilfe und medizinische Versorgung standen vor dem Kollaps, doch wir haben uns schnell angepasst. Politik und Behörden haben umsichtig und unbürokratisch reagiert. Mit den neuen Möglichkeiten bei der Substitution haben wir gute Erfahrungen gemacht: Nach unserer Einschätzung werden jetzt mehr Menschen behandelt als vor Deutschland. Nachbarländer wie Frankreich kommen bei der Versorgung mit der medizinischen Standardtherapie schon heute auf über 80 Prozent.

Aus der Corona-Krise lernen

Der Zuwachs wird möglich durch veränderte Regularien, die Substitution einfacher und attraktiver machen. Erleichterungen bei Zugang und Versorgung aus der Corona-Zeit gilt es zu erhalten und der Pandemie. Diesen Weg müssen wir konsequent fortsetzen."

Verbieten verbietet sich

Erfolge der Schadensminimierung werden zugleich konterkariert von Schäden durch die Kriminalisierung Drogen konsumierender Menschen. Substanzen vom Schwarzmarkt und Haftstrafen ziehen enorme Gesundheitsrisiken nach sich. Viele Menschen verlieren aufgrund von Haft, Obdachlosigkeit, Infektionen und Ausgrenzung ihre Lebensgrundlage oder sogar ihr Leben. Eine staatlich regulierte Abgabe, je nach Substanz zum Beispiel über Fachgeschäfte oder das Medizinsystem, würde hingegen Qualitätskontrollen ermöglichen. Polizei und Justiz könnten enorme Ressourcen sparen - insbesondere bei der massenhaften, aber völlig nutzlosen Strafverfolgung von Cannabis-Konsument_innen. 2019 wurden 186.000 Delikte im Zusammenhang mit dem Konsum verfolgt.

Dazu sagt Dr. Bernd Wense, Vorstandsmitglied der European Society for Social Drug Research sowie Centre for Drug Research an der Goethe-Universität Frankfurt:

"Millionen Menschen, darunter viele junge, konsumieren Cannabis, nicht wenige machen auch Erfahrungen mit anderen Drogen. Die meisten entwickeln keine nennenswerten Probleme. Es ist vor allem das Strafrecht, das oft Leben oder Karrieren zerstört. Verfolgung durch eine regulierte Abgabe der Substanzen zu ersetzen, würde den Konsumierenden Produktsicherheit bieten und Milliarden Euro für sinnvolle Präventions- und Behandlungsangebote freisetzen."

Fachliche Kompetenz einbinden

Eine zentrale Forderung der Fachwelt ist, Kompetenz aus Wissenschaft, Praxis und Selbsthilfe auf offiziellem Wege in die Drogenpolitik einbringen zu können: in einem interministeriellen Fachbeirat. Frankreich und die Schweiz verfügen bereits über solche Gremien.

"Unser Ziel ist, Fortschritte in Kooperation mit politisch Verantwortlichen zu entwickeln und zu realisieren. Ein Fachbeirat könnte die Drogenbeauftragte gerade bei schwierigen politischen Vorhaben unterstützen", betont Prof. Dr. Heino Stöver.

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht erscheint seit 2014. Er versteht sich als konstruktiv-kritische Ergänzung zum Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung. Zu den Autor_innen zählen Wissenschaftler_innen ebenso wie Praktiker_innen aus der Drogenhilfe und Selbsthilfevertreter_innen.



Suchtforscher plädieren für politische Aufklärung zur E-Zigarette

<https://www.tabakfreiergenuss.org/suchtforscher-plaedieren-fuer-politische-aufklaerung-zur-e-zigarette/>

Heute wurde in Berlin der neue [Alternative Drogen- und Suchtbericht 2020](#) (ADSB) vorgestellt. Herausgeber sind der akzept e.V. Bundesverband und die Deutsche Aidshilfe. Bereits im Vorwort wird ein Schwerpunkt des Berichts definiert: Schadensminimierung. "Ziel dieses Ansatzes ist, die gesundheitlichen und sozialen Folgen des Substanzkonsums so gering wie möglich zu halten, statt nur auf Abstinenz zu dringen."

Die Autoren sehen gute Möglichkeiten, dieses in anderen Feldern der Gesundheitspolitik bewährte Konzept auch beim Thema Tabakkonsum anzuwenden.

"Beim Tabak- und Alkoholkonsum könnte der Ansatz der Schadensminimierung ebenso erfolgreich sein, wird aber noch kaum genutzt. Ein gutes Beispiel sind die E-Zigarette und andere schadstoffreduzierte Tabakprodukte." (Seite 11)

Klare Belege für Harm Reduction durch E-Zigaretten

Es sei klar belegt, dass die gesundheitlichen Schäden beim Konsum von E-Zigaretten geringer sind als bei Tabakzigaretten und dass dadurch die Zahl der Raucher*innen gesenkt werden könne. "Daher plädieren wir auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse dafür, dass Raucher*innen, die nicht aufhören können oder wollen, der Umstieg auf E-Zigaretten empfohlen wird. So sollte es auch in der medizinischen Leitlinie „Screening, Diagnostik und Behandlung des schädlichen und abhängigen Tabakkonsums“ stehen, die zurzeit überarbeitet wird." (Seite 11)

Aufklärung dringend geboten

Noch immer kennen viel zu wenig Bundesbürger die Fakten. Nur ein Drittel der Bevölkerung weiß, dass E-Zigaretten weniger schädlich sind als Tabakzigaretten.

"Es ist schwierig, die Schäden des Tabakkonsums zu verringern, wenn die Bevölkerung die Schädlichkeit vorhandener Alternativen völlig falsch einschätzt. Tatsächlich halten zwei von drei Bundesbürgern das Dampfen für mindestens genauso schädlich wie das Rauchen (BfR 2019)." (Seite 77).

Wenn ab 2024 die E-Zigarettenwerbung verboten wird, würde eine wichtige Möglichkeit zur Aufklärung wegfallen. "Wie eine entsprechende Regelung aussehen könnte, war vor zwei Jahren im Alternativen Drogen- und Suchtbericht nachzulesen (Jazbinsek/ Stöver 2018)."

In diesem Zusammenhang wird auch auf den von den Branchenverbänden VdeH und BfTG im Mai 2019 veröffentlichten [Werbekodex](#) hingewiesen, "der sich weitgehend an einem Entwurf der Umweltstiftung orientiert." (Seite 79)

Die durch das Werbeverbot entstehende Informations-Lücke müsse von der Gesundheitspolitik geschlossen werden. "Die politischen Entscheider und unsere Gesundheitsagenturen müssen nun über die adäquate, d.h. zielgruppenspezifische und lebensweltnahe Aufklärung und Information von

potenziellen Konsumierenden nachdenken. Zum Beispiel könnte die BZgA die Aufgabe der Information über gesundheitspolitische Möglichkeiten der E-Zigarette wahrnehmen.“ (Seite 95)

Aromen und Kosten wichtig für Umsteiger

Die Autoren des Berichts sind der Auffassung, dass E-Zigaretten-Aromen wichtig für umstiegswillige Raucher*innen sind. „Auch zeigen empirische Forschungsergebnisse, dass Aromen ein wichtiger Grund sind, weshalb Tabakraucher*innen auf die E-Zigarette umsteigen.“

Es wird deshalb dafür plädiert, dass die Vielfalt der Aromen weiterhin erhalten bleibt, „da sie beim Umstieg helfen und die Rückfallwahrscheinlichkeit auf Tabakzigaretten verringern.“

Auch die Preise für alternative und schadensreduzierte Produkte wie die E-Zigarette sollten immer deutlich unter denen von Tabakzigaretten liegen. „Schon aktuell zeigt es sich, dass viele Raucher*innen aus sozial ärmeren Schichten nicht auf die E-Zigarette umsteigen, da sie die hohen Beschaffungskosten schlicht nicht stemmen können.“ Daher müsse „der Gesetzgeber auf weitere Besteuerungen des Produkts verzichten.“ (Seite 97)

Gateway-Theorie hat sich nicht bestätigt

Des Weiteren sehen die Forscher keine Belege für die sogenannte Gateway-Theorie. Diese Hypothese konstruiert eine Gefahr für Nichtraucher, durch erstmaligen Konsum von E-Zigaretten in der Folge zum Rauchen von Tabakzigaretten verleitet zu werden.

„Abschließend lässt sich feststellen, dass bis dato keine Studie einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Konsum von eDe (E-Zigaretten) und einem folgenden Konsum von konventionellen Zigaretten feststellen kann.“ (Seite 196)

Fazit

Einer der Autoren und verantwortlich für den ADSB ist der Frankfurter Suchtforscher Prof. Dr. Heino Stöver. Er fordert von der Politik den Blick über den Tellerrand:

„Es zeigt sich aber auch, dass neuartige Produkte, wie E-Zigaretten oder Tabakerhitzer berücksichtigt werden müssen und ihnen auch eine Aufgabe bei den Bemühungen rund um Harm Reduction und einer gesünderen Gesellschaft zufällt. Daher darf von Seiten der Politik nicht grundsätzlich mit Scheuklappen auf diese Produkte geschaut werden.“ (Seite 94)

taz-blogs

von Hans Cousto

Heute am Mittwoch, 7. Oktober 2020, ist der [7. Alternative Drogen- und Suchtbericht 2020](#) der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Herausgeber sind der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik [akzept e.V.](#) und die [Deutsche Aidshilfe](#). Die Redaktion setzte sich aus den drei renommierten Professoren zusammen: [Dr. phil. Gerrit Kamphausen](#) und [Dr. Bernd Werse](#) (beide vom Centre for Drug Research an der Goethe Universität in Frankfurt am Main und Mitherausgeber der [Jahresberichte des Monitoring-Systems Drogentrends – MoSyD](#)) und [Dr. Heino Stöver](#) (Geschäftsführender Direktor des [Instituts für Suchtforschung der Frankfurt University of Applied Sciences – ISFF](#) und Vorsitzender des [akzept e.V.](#)

Schützen statt Bestrafen

Das Vorwort der Herausgeber Dirk Schäffer, Heino Stöver und Bernd Werse fokussiert auf die Frage, wie Schäden durch Drogenkonsum so gering wie möglich gehalten werden können mit einer konstruktiv-kritische Perspektive auf die aktuellen Entwicklungen im Drogen- und Suchtbereich. Ein Korrektiv sei in der deutschen Drogenpolitik dringend notwendig, obwohl Deutschland über ein differenziertes Hilfesystem verfüge, dennoch bleibe eine Vielzahl an Möglichkeiten ungenutzt, betonen die Herausgeber und konstatieren, dass Individuen und die Gesellschaft noch weit besser vor den Folgen des Drogenkonsums geschützt werden könnten, als es bisher geschieht. Sie postulieren: „Die Zahl der Menschen, die an den Folgen ihres Drogenkonsums versterben, könnte wesentlich geringer ausfallen. Gesundheitsschäden ließen sich reduzieren oder vermeiden. Gesellschaftliche und

volkswirtschaftliche Folgekosten könnten drastisch sinken. Das bedeutet auch: Ein sehr viel effektiverer Einsatz von Ressourcen ist möglich.“

Nicht zufällig bildet deshalb die Schadensminimierung im Jahr 2020 einen Schwerpunkt des Alternativen Drogen- und Suchtberichts. Ziel dieses Ansatzes ist, die gesundheitlichen und sozialen Folgen des Substanzkonsums so gering wie möglich zu halten, statt nur auf Abstinenz zu dringen. Die stetig zunehmende Strafverfolgung für Erwerb und Besitz geringer Mengen zum Eigenbedarf verschleudert enorme Ressourcen in der Polizeiarbeit und der Justiz. Sie vergibt auch die Chance, über eine kontrollierte Abgabe von Substanzen eine Regulierung und Qualitätskontrollen einzuführen, also den bestmöglichen Jugend- und Verbraucherschutz im Sinne von Schadensminimierung zu ermöglichen.

In Deutschland sind heute mehr Drogen zu niedrigeren Preisen auf dem Markt als je zuvor. Die Prohibition verfehlt nicht nur ihr Ziel, Drogenkonsum zu unterbinden, sondern sie verstärkt Risiken und Schäden; viele bringt sie selbst erst hervor. Der 7. Alternative Drogen- und Suchtbericht zeigt sehr klar die Notwendigkeit, den Erwerb und Besitz geringer Mengen zum Eigenverbrauch – unabhängig von der Substanz – komplett straffrei zu stellen. Darüber hinaus wird festgestellt, dass man in Deutschland eine Debatte über regulierte Zugänge zu allen heute illegalen psychoaktiven Substanzen braucht um ein effizientes Risikomanagement bei den Konsumenten zu ermöglichen, sei es über spezielle Fachgeschäfte oder das Medizinsystem.

Wissenschaftlich und partizipativ

Mit der neuen Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Daniela Ludwig (CSU) haben die Herausgeber des Alternativen Drogen- und Suchtberichts wie auch andere Personen aus Wissenschaft und Praxis, vielversprechende Gespräche geführt. Ihre Dialogbereitschaft und die Ankündigung, auf Fortschritte bei der Schadensminimierung hinzuwirken, insbesondere bei der Substitutionsbehandlung sowie der Einrichtung weiterer Drogenkonsumräume hatte Zuversicht geweckt. Sie zeigte sich außerdem offen bezüglich Modellen des Drug-Checkings, also der Überprüfung von Drogen auf ihre Inhaltsstoffe, um Überdosierungen und Gesundheitsschäden zu vermeiden. Auch ihre anfängliche Ankündigung, sich mit dem „Portugiesischen Modell“ der Entkriminalisierung auseinanderzusetzen zu wollen, wies in die richtige Richtung.

Diese Gespräche haben Hoffnung auf Fortschritte gemacht, auch weil es an einer engeren Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Selbsthilfe in der deutschen Drogenpolitik lange gemangelt hat. Dann allerdings hat, für viele überhaupt nicht nachvollziehbar, die Drogenbeauftragte die neue Linie wieder verlassen. In der Diskussion über eine Legalisierung von Cannabis agierte sie plötzlich mit unnötiger Schärfe, verwendete dabei längst überholte Argumente und verweigerte sich weiterer Diskussion.

Deutlich wird in Momenten wie diesen immer wieder ein Systemfehler: Die Drogenpolitik unterliegt mächtigen parteipolitischen Beschränkungen und dabei werden unabhängige und evidenzbasierte Expertisen ausgeblendet. Daher fordern viele Experten schon seit Jahren eine interministerielle Kommission mit Fachleuten aus Wissenschaft und Selbsthilfe, die drogenpolitische Entscheidungen mitgestaltet, ähnlich wie es zum Beispiel in der Schweiz der Fall ist.

Beispiel Drug-Checking

Im Kapitel „Drogenkonsumräume – Die Notwendigkeit von rechtlichen und strukturellen Anpassungen“ von Dirk Schäffer und Urs Köthner (Geschäftsführer des Vereins [freiraum hamburg e.V.](http://freiraum-hamburg.de)) wird festgestellt, dass Drogenkonsumräume auch ein Standort für [Drug-Checking-Angebote](#) sein könnten. Aber auch hier steht die aktuelle Gesetzeslage einer Realisierung entgegen. Hierfür müsste jedoch im §10a BtmG der erste Teil des 4. Absatzes gestrichen werden.

Um den Nutzer/innen der Drogenkonsumräume einen sichereren Konsum von Drogen zu ermöglichen und damit das Risiko einer Überdosierung oder/und Schädigung durch Strecksubstanzen zu senken, wären Drug-Checking-Angebote ein sinnvoller erster Schritt. Die bisher in Deutschlands Nachbarländern erfolgreich betriebenen Drug-Checking-Angebote, werden mehrheitlich von Konsument/innen wahrgenommen, die sogenannte Partydrogen wie Ecstasy, Speed und Kokain konsumieren und nicht zur Gruppe der Drogengebraucher/innen gehören, die das Angebot eines Drogenkonsumraums nutzen. Angenommen, dass es bald auf Grundlage einheitlicher Rechtsauffassungen zu ersten Modellprojekten

mit dem Fokus auf Konsument/innen von Stimulanzien kommt, so könnte man mit der Implementierung eines solchen Drug-Checking-Angebots in Drogenkonsumräumen eine ganz andere und mit multiplen Risiken behaftete Zielgruppe erreichen.

Auch im Kapitel „*Safer Nightlife: Eine Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen*“ von Rüdiger Schmolke, Tibor Harrach, Wolfgang Sterneck, Pia Eigenstetter, Katharina Tietz und Scharif Bahri (alle im [Sonics e.V. Safer Nightlife Bundesverband](#)) wird die Forderung eines Drug-Checkings gut begründet und es wird festgestellt, dass eine wesentliche Stärkung des Safer-Nightlife-Bereichs auch dadurch erfahren könnte, wenn der Bund sich entscheidet, nicht nur punktuell einzelne Maßnahmen zu fördern, sondern eine bundesweit agierende Fachstelle zur Schadensminimierung und Gesundheitsförderung im Nachtleben einzurichten, die unter anderem Drug-Checking-Ergebnisse und Drogentrends im Nachtleben sammelt, aufarbeitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt, wie beispielsweise die in der Schweiz bei Infodrog angesiedelte Stelle [Nightlife und Freizeitdrogenkonsum](#), die speziell auch auf ihrer [Website über Drug-Checking](#) informiert.

Drug-Checking (Qualitätskontrollen von Drogen) ist eine Interventionsstrategie zur Erhaltung der Gesundheit. In der Schweiz gibt es derzeit in sieben Städten stationäre Drug-Checking-Programme, so in [Zürich](#), [Bern](#), [Basel](#), [Olten](#), [Luzern](#), [Biel](#) und [Genf](#). Darüber hinaus wird an großen Partys und Festivals ein mobiles Drug-checking vor Ort durchgeführt. Um Schweizer Niveau in Sachen Prävention zu erzielen müssten in Deutschland etwa 70 Drug-Checking-Programme etabliert werden, da Deutschland etwa zehnmal mehr Einwohner hat als die Schweiz. Doch Deutschland ist von diesem Ziel noch weit entfernt, obwohl es in Berlin in den Jahren 1995 und 1996 in Berlin ein Drug-Checking-Programm gab, das der Verein zur Förderung der Party- und Technokultur und die Minderung der Drogenproblematik Eve & Rave e.V. initiiert und durchgeführt hatte. Das [Drug-Checking-Programm von Eve & Rave Berlin](#) musste aber aufgrund behördlicher Maßnahmen wieder eingestellt werden.

Vor knapp zwei Jahren konnte man lesen, dass ein Modellprojekt Drug-Checking in Berlin gestartet habe, jetzt heißt es wohl erst in 2020 oder 2021. Am 1. November 2018 berichtete zwar die Pharmazeutische Zeitung unter dem Titel [Berlin – Modellprojekt zum Drug Checking gestartet](#), dass in Berlin ein solches Projekt gestartet habe. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Nach jahrelangen Überlegungen will Berlin Testmöglichkeiten für Drogen wie Ecstasy-Pillen schaffen. Ein Modellprojekt zum sogenannten Drug Checking starte am Donnerstag, teilte ein Sprecher der Gesundheitsverwaltung auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mit.“

Diese Meldung aus der Gesundheitsverwaltung vom November 2018 muss man wohl als Fake News klassifizieren, da man immer noch nicht seine Drogen in Berlin testen lassen kann.

In einer Stellungnahme der Hessischen Landesregierung vom 13. Januar 2020 wurde die *„aufgeschlossene Haltung der Bundesdrogenbeauftragten zum Thema Drug-Checking“* begrüßt. Beim Drug-Checking können Konsumenten von Partydrogen anonym die entsprechenden Substanzen chemisch analysieren lassen. Der zuständige Minister für Soziales und Integration bezeichnete das Drug-Checking als wichtige und sinnvolle Maßnahme der Gesundheitsvorsorge mit dem Ziel, Abhängigkeiten und gefährliche Konsumhandlungen zu verhindern. Bislang hatte das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) Anträge von Bundesländern abgelehnt, das Drug-checking im Rahmen von wissenschaftlich begleiteten Modellprojekten durchzuführen. Dies betraf auch eine entsprechende Initiative des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration. Nach Auffassung des BfArM bestimmt sich die Zulässigkeit des Drug-checkings nach den Bestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG). Demnach bedarf eine Drogenanalyse grundsätzlich einer Erlaubnis, um die Strafbarkeit des Besitzes auszuschließen. Quelle: [Hessischer Landtag – Drucksache 20/3411 vom 10. 09. 2020](#).

Da der Widerspruch gegen den abgelehnten Antrag vom Bundesinstitut ebenfalls negativ beschieden wurde, habe das Land Klage beim Verwaltungsgericht Köln eingelegt, erläuterte das Ministerium für Soziales und Integration. Das Verfahren laufe noch. Bei dem zeitlich befristeten Modellprojekt solle sowohl ein stationäres als auch ein mobiles Testangebot im Umfeld von Musikveranstaltungen etabliert werden.

Die Bundesregierung und ihr unterstellte Organisationen wollen das Thema offensichtlich nicht angehen. So sucht man im [Drogen- und Suchtbericht 2019 der Drogenbeauftragten der Bundesregierung](#), der am 5. November 2019 veröffentlicht wurde, vergeblich nach Informationen zum Thema Drug-Checking, der Begriff kommt in dem Bericht nicht vor. Auch auf der Website [drugcom.de](#)

der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wird das Thema Drug-Checking nicht aufgegriffen; im redaktionellen Teil der Website kommt der Begriff Drug-Checking nicht vor.

Beispiel unabhängigen Fachkommission

In dem Kapitel „*Es ist Zeit für eine grundlegend neue Drogenpolitik!*“ von Philine Edbauer und Julia Meisner von der [Initiative mybrainmychoice](#) wird eine [Petition](#) an die Bundesdrogenbeauftragte und den Gesundheitsminister, die am 1. Juni 2020 von der #mybrainmychoice Initiative zusammen mit Mitstreiter/innen aus Wissenschaft, Parteien und Zivilgesellschaft gestartet wurde, vorgestellt. Mit der Petition wurde von der Bundesdrogenbeauftragten, Daniela Ludwig, sowie dem Gesundheitsminister der Bundesregierung, Jens Spahn, gefordert, eine unabhängige und transdisziplinäre Kommission unterschiedlicher Expert/innen einzuberufen, die die zukünftige Ausrichtung drogenpolitischer Strategien bestimmt. Damit sollte zum einen garantiert werden, dass Drogenpolitik nicht weiter von unqualifizierten Personen getragen wird, zum anderen wäre durch die transdisziplinäre Zusammensetzung der Kommission aus Wissenschaftler/innen, Betroffenen und Sozialarbeiter/innen sichergestellt, dass jede gesellschaftliche Gruppe hinreichend berücksichtigt wird. Dabei wird gleichzeitig dem Umstand Rechnung getragen, dass Drogen- und Drogenpolitikforschung von Kriminologie über Kulturwissenschaft bis zur Psychologie in unzähligen Disziplinen betrieben wird und alle Ergebnisse und Erfahrungen dieser Bereiche dringend auf politischer Ebene sichtbar gemacht und in ein drogenpolitisches Konzept einfließen müssen, das einem Anspruch auf Vollständigkeit gerecht wird und die herausfordernde Komplexität einer idealen Gestaltung anerkennt.

Sich nach jahrzehntelangen, erwiesenermaßen schädlichen und gescheiterten repressiven Strategien endlich offen gegenüber einer legal regulierten Abgabe zu positionieren und Konsumierenden illegalisierter Drogen zuzutrauen, ein eigenes Interesse an gesundheitsfördernden und schützenden Rahmenbedingungen zu haben, scheint bei der aktuellen und den vergangenen Bundesdrogenbeauftragten undenkbar zu sein. Nachdem die SPD-Fraktion sich in ihrem Positionspapier vom Frühjahr 2020 positiv zu gewissen Formen der Cannabis-Entkriminalisierung und Modellprojekten positioniert hatte, hat Daniela Ludwig ein [Schreiben an die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#), der sie als Abgeordnete angehört, verschickt und darin gewarnt, dass eine Cannabis-Debatte „auf uns“ zukomme. In diesem Brief bezieht sie Stellung zu den fünf angeblich gängigsten Pro-Entkriminalisierungs-Argumenten, denen sie jeweils ein Contra-Argument gegenüberstellt. Ludwigs Antworten auf die gängigsten Fragen zu Cannabis sind beschämend fehlerhaft, wie es bereits am 31. Juli 2020 in diesem Blog ausführlich im Artikel „[An die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#)“ wie auch im Artikel vom 7. September 2020 im Hanf Journal „[Ludwigs falsche Angaben](#)“ detailliert beschrieben wurde.

Gemäß [Pressemitteilung vom 29. September 2020 der Initiative #mybrainmychoice](#) haben sich Philine Edbauer und Zhana Jung als Vertreterinnen der Initiative mit der Bundesdrogenbeauftragten Daniela Ludwig getroffen, um die 24.273 Unterschriften zu überreichen und das Anliegen der Petition zu besprechen – das Engagement einer unabhängigen, transdisziplinären Fachkommission zur Generalüberholung der Drogenpolitik.

Im Gespräch mit der Initiative blockte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Daniela Ludwig, die Forderung nach einer unabhängigen Fachkommission für eine neue Drogenpolitik ab. Im Gespräch mit Philine Edbauer und Zhana Jung lehnte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung die Forderung nach einer Fachkommission vehement ab. Als Begründung sagte Ludwig, dass es derzeit keine parlamentarischen Mehrheiten gebe, um die Ergebnisse einer solchen Kommission durchzusetzen.

Quelle: DAH-Meldung vom 29. September 2020 „[Keine neue Drogenpolitik mit dieser Bundesregierung](#)“

Es ist schon eine krasse Vorgehensweise, die Daniela Ludwig hier an den Tag legt: Erst die Bundestagsabgeordneten mit Falschinformationen füttern und dann als Begründung für die Ablehnung einer Fachkommission angeben, im Bundestag gebe es keine parlamentarischen Mehrheit für ein solches Vorhaben. So ein Verhalten ist nicht nur mies, sondern echt fies.

Fazit

Zum Glück gibt es engagierte Leute die ehrenamtlich einen Alternativen Drogen- und Suchtbericht in gewissenhafter Weise schreiben und veröffentlichen, so dass die Öffentlichkeit sich sachlich korrekt informieren kann, denn bei den Verlautbarungen der Drogenbeauftragten Daniela Ludwig handelt es

sich nicht selten um nichts anderes als Fake News im Sinne des gewünschten parteipolitischen Framings.